

BESCHLUSSVORLAGE NR.

60-2025

Vorgesehene Beratungsfolge	Sitzung am:	Behandlung des TOP		Abstimmung			
		öffentlich	nichtöffentlich	Anw	Ja	N	E
Ortschaftsrat Thurland	26.05.2025	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	4	0	0	0
Ortschaftsrat Marke	02.06.2025	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	4	0	0	0
Ausschuss Bau, Wirtschaft und Vergabe	03.06.2025	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	0	0	0	0
Stadtrat	25.06.2025	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	0	0	0	0

GEGENSTAND: Einleitung 2. Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan der Einheitsgemeinde Raguhn-Jeßnitz, für den festgesetzten Geltungsbereich lt. Aufstellungsbeschluss "Batteriespeicheranlage-Marke" in der Gemarkung Thurland - Aufstellungsbeschluss

Kurzdarstellung des Sachverhaltes: Nach Beschlussfassung Nr. 59 - 2025, zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Batteriespeicheranlage-Marke“ in der Gemarkung Thurland, macht sich analog dieses Geltungsbereiches, zur Schaffung der planungsrechtlichen Zulässigkeit des Vorhabens, die 2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Einheitsgemeinde Raguhn-Jeßnitz erforderlich (Parallelverfahren).

Nach Erarbeitung der Planunterlagen werden diese den zuständigen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung zur Behörden- und Trägerbeteiligung vorgelegt.

Alle anfallenden Kosten dieses Verfahrens trägt der Antragsteller.

Gesetzliche Grundlagen: § 45 KVG LSA
§ 2 Abs. 1 BauGB - Zuständigkeit
§ 1 Abs. 3 BauGB - Erfordernis

Finanzielle Auswirkungen: **Nein**

Produkte / Kostenstellen im laufenden HH-Jahr € Folgejahr/e €

BESCHLUSS-VORSCHLAG: Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz beschließt die Einleitung des Verfahrens zur 2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Einheitsgemeinde Raguhn-Jeßnitz zur Schaffung der planungsrechtlichen Zulässigkeit für die Errichtung einer Batteriespeicheranlage analog des Geltungsbereiches lt. Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes-Beschluss-Nr. 59 - 2025.

Alle anfallenden Kosten dieses Verfahrens trägt der Antragsteller.

Mitwirkungsverbot (§ 33 KVG LSA): Ortschaftsräte/Stadträte, welche über Eigentum im besagten Gebiet verfügen, sind von der Diskussion und Beschlussfassung auszuschließen

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mitgliederzahl: 21

Anwesende Mitglieder: davon Mitwirkungsverbot (§ 33 KVG LSA):

Ja-Stimmen

Nein-Stimmen

Enthaltungen